

## Mit Diskriminierung macht man keinen Staat



Gut 3.000 DemonstrantInnen hat ein Aufruf von Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften zum lautstarken Protest gegen den von der Landesregierung als Haushaltskonsolidierung getarnten Sozialabbau am 17. Juni mobilisiert. Setzt sich die Politik mit dem geplanten Streichkonzert durch, dann geht es Frauenhäusern und Mädchenprojekten, Blindenvereinigungen, Migrationssozialberatungen und nicht zuletzt der Flüchtlingshilfe an die Substanz.

Aller Krisenpropaganda zum trotz machen sich derweil Flüchtlingsorganisationen und Verbände stark für die ausnahmslose Integrationsförderung von Flüchtlingen. Die Forderung nach Chancengleichheit und voller sozialer Teilhabe trifft angesichts angeblich leerer Kassen auf in der Regel müdes, manchmal verständnisvolles Lächeln der Exekutive und bisweilen doch auch auf politisches Gehör - bei der Opposition.

Doch noch herrscht das Regime einer von asozialen Ausschlusskriterien überfrachteten Flüchtlingspolitik nicht nur in der so genannten Altfallregelung. Noch ist den öffentlich finanzierten Beratungsstellen die nachhaltige Integrationsförderung für Flüchtlinge verboten. Noch sind Asylsuchende und Geduldete von Sprachförderung, ihre Kinder ebenso wie unbegleitete jugendliche Flüchtlinge von Ausbildungshilfen ausgeschlossen. Allen Grundrechtswidersprüchen zum Trotz erzwingt noch immer das Asylbewerberleistungsgesetz die systematische soziale Ungleichbehandlung von Flüchtlingen. Noch immer gilt mit der so genannten „Residenzpflicht“ eine in Europa einzigartige, überkommene und teure Verordnung, die Betroffene in kommunalen Aufenthaltsbereichen einsperrt. Und noch immer werden Menschen in Haft genommen und ungeachtet bestehender Risiken abgeschoben.

Doch „mit Diskriminierung macht man keinen Staat“ erklären inzwischen nicht nur die Gutmenschen von PRO ASYL, UNHCR, Kirchen, Verbänden, Flüchtlingsräten und Selbstorganisationen. Auch Unternehmen und Ökonomen reagieren eingedenk der wirtschaftlichen und demographischen Bedarfe und angesichts der Ressourcen verschwendenden Diskriminierungspolitik mit von Mal zu Mal lautstärkerem Kopfschütteln.

In diesem Spannungsfeld bewegt sich auch das Netzwerk *Land in Sicht! – Arbeit für Flüchtlinge in Holstein*, das den Mittelteil dieser Ausgabe gestaltet.

Martin Link  
Kiel, den 14. Juli 2010